



Stephan Meyer

Fuchsgässel 1
02791 Oderwitz

Stephan Meyer Fuchsgässel 1 02791 Oderwitz

Telefon
+49 (35 842) 29 5 23

Initiative Mindestlohn

Mobil
+ 49 (176) 24929592

Telefax
+49 (35 842) 29 5 23

E-mail
stephan.meyer@cdu-goerlitz.de

Oderwitz, den 30.07.2009

Ich bin gegen einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro pro Stunde.

Kommentar:

Die pauschale Festlegung eines Mindestlohnes geht meines Erachtens am Ziel vorbei. Vielmehr sollte es Anspruch sein, dass die Bürgerinnen und Bürger über ein Mindesteinkommen verfügen. Mein Ziel ist, dass jeder von seiner Arbeit auskömmlich leben kann. Gut bezahlte Arbeitsplätze in Sachsen werden durch starke, innovative Unternehmen geschaffen, die Produkte für die Zukunft herstellen und erfolgreich am Markt sind. Marktfähige Produkte gewährleisten eine erfolgreiche Entwicklung - sowohl für das Unternehmen als auch für die Beschäftigten. Denn wenn Gewinne erwirtschaftet werden, können die Unternehmen wachsen, neue Arbeitsplätze schaffen und die Einkommen ihrer Angestellten sichern. Mit einem flächendeckenden Mindestlohn erreichen wir das genaue Gegenteil.

Faire Löhne können im Übrigen nur starke Sozialpartner verhandeln - nicht jedoch der Staat festlegen. Das System der Tarifautonomie in Deutschland ist erfolgreich und hat sich bewährt. Es darf nicht durch einen flächendeckenden Mindestlohn in Frage gestellt werden.

Auf der anderen Seite läuft man Gefahr, dass zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen vom Markt verschwinden, weil sie die Anforderungen des Mindestlohnes nicht stemmen können. Gerade im Wahlkreis 60, der Zittauer Umgebung, gibt es viele kleine Unternehmen, die seit der Wende in kleinen Schritten, aber kontinuierlich ihren Weg gegangen sind. Sie durch einen flächendeckenden Mindestlohn in den Ruin zu treiben oder zu zwingen die Arbeitsplätze zu reduzieren wäre ein Schlag ins Gesicht der Unternehmer, welche mit ihren Mitarbeitern viel Kraft und Entbehrung in ihre Unternehmen gesteckt haben. Das kann auch nicht im Sinne der Arbeitskräfte sein.

Wir brauchen in Deutschland meiner Meinung nach eine grundsätzliche Überlegung hinsichtlich des Arbeits- und Einkommensbegriffes. In diesem Sinne stehe ich einer Diskussion zu einem solidarischen Bürgergeld sehr offen gegenüber.